



Gemeinderatssitzung Schüttringen 11.01.2012

Anwesend: Bürgermeister Nicolas Welsch (DP), Schöffe Jean-Paul Jost (Schëtter Bierger), Schöffe Jean-Pierre Kauffmann (DP) und die Räte Pierre Liébaert (DP), Jim Ronk (DP), Marc Lamesch (Schëtter Bierger), Victor Back (Schëtter Bierger), Claude Marson (LSAP), Jean-Marie Altmann (LSAP), Dany Hardt (LSAP) sowie Jérôme Lehnertz (CSV)

Bürgermeister Welsch begrüßte die anwesenden Räte, die Mitglieder der Finanzkommission sowie das Publikum und überbrachte seine Wünsche für das Neue Jahr: alles Gute, Gesundheit, Zufriedenheit und viel Erfolg bei allen Vorhaben.

Er ließ die geplanten Daten für die nächsten Gemeinderatssitzungen an die Räte verteilen, die provisorisch schon einmal für den 15. Februar, den 28. März, den 25. April, den 23. Mai, den 13. Juni sowie den 11. Juli vorgesehen sind und informierte über laufende Angelegenheiten.

Als nächster Event steht die Neujahrsfeier für das Gemeindepersonal am 13. Januar an.

Er schlug dem Gemeinderat vor, am 8. Februar gemeinsam um 12 Uhr die Baustelle der neuen Sporthalle, den Tennisballon sowie die Maison Relais zu besichtigen, weil man in der Mittagsstunde in der Maison Relais am besten sieht, was sich dort alles an Aktivitäten abspielt.

Am 1. Februar wird in einer Zeremonie den verdienstvollen Schülern und Studenten ihre Anerkennung überreicht, die sich in einer Finanzhilfe ausdrückt.

Vom Ministerium kam ein Rundschreiben zur zukünftigen Entschädigung der Feuerwehrleute, um diese ehrenamtliche Tätigkeit mehr anzuerkennen. Generell wird darüber derzeit noch viel diskutiert. Das, was an die Gemeinde herangetragen wurde, wird nun untersucht und auch gemeinsam mit dem Feuerwehrkorps diskutiert werden. Im Haushalt 2012 hat der Schöffenrat hierfür einen Ausgabenposten vorgesehen. Am 12. Januar findet die Télémie-Versammlung statt, zu der alle interessierten Vereine und Einwohner eingeladen wurden, um dieses Event vom 21. April zu organisieren.

Zwei Dossiers der Gemeinde werden derzeit vor Gericht verhandelt: im Rahmen des Schulbaus beanstandet der Bauunternehmer noch drei offene Rechnungen in Höhe von insgesamt 407.000 Euro, die sich auf Zusatzkosten wegen der Entsorgung des Bauschutts in Bettemburg und nicht auf Findel, spezielle Verschalungsarbeiten und auf gestiegene Gehaltskosten beziehen. Die Gemeinde hat diese Rechnungen abgelehnt, weil kein Auftrag hierfür vergeben wurde. Ein Urteil wird demnächst gefällt. Im zweiten Dossier verlangen Einwohner einer Residenz Schadensersatz für Schäden, die bei den Überschwemmungen im Jahr 2007 entstanden sind, weil die Abwasserpumpanlage im Keller des Gebäudes nicht funktioniert hat. Die Gemeinde gehört bei diesem sehr komplizierten Dossier, bei dem noch nicht alles klar ist, zu den Beklagten. Am 14. Februar wird weiter verhandelt.

Die detaillierten Berichte der letzten Gemeinderatssitzungen mit allem, was im Gemeinderat im Einzelnen geredet wurde, sind auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht worden, sie sind aber auch in ausgedruckter Form bei der Gemeindeverwaltung erhältlich.

1. Politik

Diskussion und Approbation der Schöfferratserklärung

Bürgermeister Welsch eröffnet die Diskussion über die Schöfferratserklärung, die am 30.11.2011 vorgestellt worden war.

Rat Jim Ronk: Die Schöfferratserklärung ist ziemlich detailliert aufgestellt worden und das ist auch gut so. Sie zeigt das Spiegelbild der Programme der beiden Koalitionspartner DP und Schëtter Bierger. Ich habe mir drei Punkte herausgepickt. Zunächst die Gemeindeentwicklung. Wir haben aktuell 3.550 Einwohner und laut dem Dorfentwicklungsplan, der zusammen mit den Bürgern ausgearbeitet wurde, soll die Einwohnerzahl bis 2015 nicht über 3.900 hinausgehen. Das heißt, wir müssen schauen, in den nächsten Jahren moderat zu wachsen. Verschiedene Infrastrukturen, wie die Maison Relais, die Crèche sind heute schon überfüllt. Wir müssen ein Konzept ausarbeiten, wie es weitergeht und das muss auch in den neuen PAG (Allgemeiner Bebauungsplan, A.d.R.) einfließen.

Als zweiten Punkt habe ich Information und Transparenz genommen. Der Bürgermeister hat gerade gesagt, dass es wichtig für uns ist, dass die Bürger gut informiert sind. Sie haben gesehen, dass kurz nachdem die letzten Sitzungen waren, im Internet Kurzfassungen veröffentlicht wurden. In Zukunft werden auch Gemeindebulletins mit den detaillierten Sitzungsberichten und den Standpunkten aller Gemeinderäte niedergeschrieben. Die Berichte und die aktuellen Dossiers in den Prozeduren werden auf der Internetseite gezeigt und das ist Transparenz. Es soll nicht alles im stillen Kämmerlein gemacht werden, wir haben ja nichts zu verstecken. So wie 2003 der Entwicklungsplan mit den Bürgern erstellt wurde, gibt es auch in Zukunft wichtige Dossiers, in die die Bürger mit einbezogen werden.

Dann habe ich einen dritten Punkt, das ist Wirtschaft, Betriebe und Soziales. Da wollen wir auch neue Akzente setzen, indem regelmäßig Kontakt aufgenommen wird mit den Betrieben aus der ganzen Gemeinde. Die Betriebe sind der Garant für unsere guten Gemeindefinanzen und man muss ihnen zuhören, wo bei ihnen der Schuh drückt und was man besser machen kann. Mit den Betrieben zusammen wollen wir auch eine Jobbörse machen, Praktika und Ausbildungen für Leute aus unserer Gemeinde organisieren. Ziel soll es sein, dass Einwohner aus der Gemeinde auch in unseren Betrieben arbeiten können. Dann haben sie weniger weit zu fahren, es ist weniger Verschmutzung, wir machen etwas für die Natur und etwas für unsere Leute. Ich bin der Meinung, dass das Programm der Schöfferratserklärung gut ist und dass diese Koalition in den nächsten Jahren eine gute Arbeit machen wird. Die Voraussetzungen dafür sind optimal.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Danke Jim. Ich möchte noch etwas hinzufügen, was die Berichte angeht. Wir haben ja tatsächlich stark hervor gestrichen, dass wir bekannt machen wollen, was hier am Tisch geredet wird, deswegen haben wir ja schon nach den letzten zwei Sitzungen detaillierte Berichte erstellt, die im Internet zugänglich sind, man kann auch im Gemeindesekretariat nachfragen und sie werden auch in Kürze im Gemeindeinformationsblatt veröffentlicht werden. Wir arbeiten daran und es kommt auch in kurzer Zeit heraus.

Rat Jean-Pierre Liébaert: Ich wollte einmal nachfragen, wie weit wir mit unserer Kirche sind. Da steht noch immer das Gerüst und man wird viel von der Amiperas und anderen Leuten gefragt, ob es da vorangeht, ob es etwas gibt, was uns zurückhält.

Bürgermeister Welsch: Was die Kirche angeht, sind im Jahr 2010 und 2011 Arbeiten gemacht worden unter der Regie des Studienbüros HLG. Die erste Phase ist im Juli 2011 abgeschlossen worden, aber seitdem ist nicht mehr weiter gearbeitet worden. Das Gerüst steht noch da und ich habe mir auch schon Fragen gestellt. Wir hatten letzte Woche mit den betroffenen Leuten – dem Studienbüro, der Kirchenfabrik, der Spezialkommission vom Ministerium und unserem technischen Dienst – eine Versammlung, um zu sehen, wo wir stehen. Warum seit Juli nichts mehr passiert ist, dafür gibt es anscheinend Ursachen: einerseits die Aktivitäten in einer Kirche, die programmiert werden müssen, andererseits muss, wenn Arbeiten abgeschlossen sind, sich erst einmal alles setzen, es muss trocknen. Ich

habe nicht alle Erklärungen dafür, aber unser Bestreben ist es, so schnell wie möglich weiter zu kommen. Es sind allerdings noch keine Kostenvoranschläge gestimmt.

Bei der ersten Phase wurde hauptsächlich das Bauwerk erst einmal stabilisiert. Das Dachgerüst liegt auf den Seitenmauern auf und der oberste Teil der Seitenmauern war in einem ganz schlechten Zustand, sodass sich das Dachgerüst gesenkt hat und durchhängt. Außerdem liegt das Gewicht nun auf dem Gewölbe, durch diese Last sieht man jetzt schon Risse im Gewölbe. Deswegen wurde der oberste Teil jetzt einmal restauriert, es wurde auch eine Brücke im Dachstuhl installiert, damit man leichter an das Gewölbe herankam. Und über dem Gewölbe lagen ein paar Tonnen Bauschutt, über das Gerüst abgetragen wurden.

Diese Arbeit ist also abgeschlossen und wenn ich mich gut erinnere, hatten wir einen Kostenvoranschlag von gut 150.000 Euro, der vom Gemeinderat bewilligt war, aber mittlerweile sind Arbeiten für 190.000 Euro gemacht worden. Eine zweite Phase für Innenarbeiten war geplant und die Konzeption wurde gemacht, um alle Risse auszuflicken und die Trennung zwischen dem Gewölbe und den Seitenwänden wieder herzustellen. In der dritten Phase geht es dann um den Anstrich, die Beschallung und die Beleuchtung, die verbessert werden muss. Auch ist die Eingangstür – die Caktustür, wie sie genannt wird – , nicht gerade schön und die Sakristeien müssen renoviert werden. Wir haben uns bei der Versammlung letzte Woche geeinigt. Die Planungsarbeiten für die Phase drei sind allerdings noch nicht abgeschlossen. Unser Bestreben ist es nun, die Pläne so schnell wie möglich mit den Kostenvoranschlägen auf den Tisch zu bekommen und dann können wir damit in den Gemeinderat kommen. Die Spezialkommission hat uns geraten, erst im September mit den Arbeiten anzufangen, damit diese ordentlich ausgeschrieben, programmiert und geplant werden können. Wir reden immerhin von einem Budget von 600.000 Euro und wenn wir das anständig planen, können wir es auch billiger machen. Es waren sich alle einig, die Arbeiten im September beginnen zu lassen. Jetzt kann das Pastoralteam auch entscheiden und planen, wie die Aktivitäten in der Kirche in den nächsten sechs Monaten am besten zu organisieren sind. Wir versuchen jetzt, was das Gerüst anbelangt, das nun seit sechs Monaten nicht genutzt wird, mit dem Eigentümer die billigste Lösung im Interesse der Gemeinde zu finden, auch für die Zeit bis September.

Rat Claude Marson: Das Studienbüro HLG mit dem Herr Giorgetti hat eine exzellente Studie gemacht, die ja auch im Gemeinderat vorgestellt wurde. Es war von vorne herein wegen des Ausmaßes der Arbeiten und auch damit die Kirchenaktivitäten weiterlaufen können, vorgesehen, in Phasen vorzugehen, aber auch im Hinblick auf den 5-Jahresplan, damit die Gemeindefinanzen die relativ hohen Kosten in Phasen gut aushalten. Ich bedauere, dass der 5-Jahresplan nicht weitergeführt wurde. Ich habe jedenfalls keine Aufstellung bekommen, welche Investitionen in den nächsten Jahren gemacht werden sollen. Dann hätte man auch herauslesen können, dass die Arbeiten an der Kirche von vorne herein so vorgesehen waren. Den letzten Detail von der Handhabung der Baustelle habe ich effektiv nicht, ich bin aber froh, dass Sie den Kontakt mit den Betroffenen, besonders der Kirchenfabrik aufgenommen haben, um das Projekt in dem Sinn weiter zu führen. Wie Sie wissen, hat René Hellers das Projekt zum Schluss verwaltet, er hätte jetzt sicherlich mehr Details liefern können. Das jetzt vorgesehene Vorgehen ist jetzt sicherlich auch in dem Sinn, wie wir das Projekt machen wollten.

Bürgermeister Welsch: Merci, Claude. Gibt es noch andere Kommentare zur Schöffenratserklärung?

Rat Marson: Ich hätte begrüßt, wenn die Schöffenratserklärung im Sinne einer Kontinuität und Weitsicht gestanden hätte und die ganze Koalition sich engagiert hätte weil wir ja wissen, dass die Mandate im Schöffenrat noch einmal wechseln werden.

Die Koalition ist mit sieben Sitzen sicherlich voll legitimiert, ich muss aber hinzufügen, dass eine LSAP, die mit 29,25% den Restsitz nur knapp verpasst hat und die DP mit 30,51 den Restsitz dann knapp bekommen hat, auch bereit gewesen wäre, Koalitionsgespräche zu führen – wir sind aber nicht gefragt worden.

Es ist gut, dass wir wissen, wer für welche Aufgabengebiete zuständig ist, es ist aber unnötig aufzuführen, dass der Bürgermeister für Baugenehmigungen zuständig ist – ein anderer als der Bürgermeister darf auch gar keine Baugenehmigungen ausstellen.

Schaut man sich die Zahlen der letzten zehn Jahre an, so stieg die Einwohnerzahl um 8,26%. Wenn das kein moderates Wachstum ist, dann weiß ich es auch nicht.

In dieser Gemeinde sind viele Arbeitsplätze, was normal ist, wenn man sich für eine Aktivitätszone entscheidet, wie sie hier gemacht wurde. Es war keine falsche Entscheidung, es ist aber normal, dass das auch Belästigungen mit sich bringt und dann ist es an der Gemeinde, damit umzugehen. Wir bleiben also, was wir sind und wir liegen richtig, wenn wir, wie der 5-Jahresplan es auch vorsieht, auf 3.900 Einwohner bis 2015 wachsen.

Dass die Maison Relais (MR) zu klein ist, wurde gesagt und das ist richtig, weil die MR von ihrem eigenen Erfolg überrannt wird und das ist landesweit so. Wir sind in der glücklichen Lage, dass unsere MR eine Option auf Vergrößerung bietet und es ist an der Zeit, über eine Vergrößerung nachzudenken und sie dann auch zu machen.

Wir haben auch das Glück, dass hier in der Gemeinde vor sechs Jahren sozialer Wohnungsbau gemacht wurde und auch jetzt wieder ein Projekt ansteht mit der SNHBM, die eine gute Arbeit gemacht hat. Ich bin froh, dass in der Schöffenratserklärung steht, dass der soziale Wohnungsbau fortgeführt wird.

Dass das Problem des Durchgangsverkehrs angepackt werden soll, ist auch im Sinne einer LSAP. Wir begrüßen, dass wir eine Verkehrsstudie machen, in der dann Zahlen stehen, mit denen man Lobbyarbeit machen kann und auch den nationalpolitisch Verantwortlichen Druck machen kann. Auch eine Luftschadstoffstudie ist eine gute Sache, ob sie uns weiterhilft, muss man sehen, aber zumindest kann man die Entwicklung feststellen, wenn man das in fünf oder zehn Jahren noch einmal macht.

Auch IVL ist ein Thema. Wir erfüllen alle Kriterien – 3.000 Arbeitsplätze, verkehrstechnisch gut angebunden, nahe bei der Stadt – sogar besser als andere Gemeinden. Wenn mir einer erklären kann, warum wir dann im Rahmen des Pacte Logement 4.000 Euro pro Einwohner bekommen und andere Gemeinden 6.000, dann wäre ich darüber froh.

Dann steht hier etwas vom „Pédibus“. Da hatten wir in einer Arbeitsgruppe schon ein Konzept mit der Elternvereinigung und dem Schulpersonal ausgearbeitet, das daran gescheitert ist, dass keiner morgens mit den Kindern gehen wollte. Ich wünsche dem Schöffenrat viel Glück und hoffe, dass ihnen das Projekt gelingt. Die Beschilderung zu verbessern begrüßen wir auch und ich hoffe, Sie wissen, dass wir schon eine entsprechende Erlaubnis bei der Straßenbauverwaltung angefragt hatten. Wir können nur unterstützen, dass die Bürger eine professionelle Umweltberatung angeboten bekommen sollen. Ich möchte hier aber gerne fragen: weil der SIAS ja auch schon eine Energieberatung macht, ist da eine Zusammenarbeit geplant und wie soll die aussehen?

Die Gemeinde soll auch mit gutem Beispiel vorangehen, um die Gebäude energietechnisch zu sanieren. Wir haben ein energietechnisches Konzept vorliegen und haben in den letzten Jahren schon vieles gemacht. Aber im Budget sind nicht genug Mittel vorgesehen, um das auch wirklich umzusetzen. Elektrisch betriebene Fahrzeuge für die Gemeindedienste finden wir eine gute Sache, auch wir hatten uns solche schon angesehen. Biogas mit Fernwärme koppeln ist auch eine gute Sache und wenn die Gemeinde Privatsleute unterstützt, liegt sie nicht falsch. Auch der Klimapakt ist eine gute Sache. Um eine komplette CO₂-Bilanzierung der Gemeinde zu machen, hatten wir uns als Gemeinde Schüttringen schon angemeldet, haben auch schon daran gearbeitet und schon eine Menge Daten in das Datenoutil eingegeben. Die Kläranlage in Uebersyren soll ausgebaut werden – das Projekt gibt es schon im SIDEST und die Gemeinde sollte so schnell wie möglich die Gespräche aufnehmen, denn das hat Einfluss auf unsere Landschaft und auf die Lebensqualität der Bürger. Die Gemeinde muss da mitreden und schauen, was auf sie zukommt. Landwirtschaftliche Betriebe unterstützen: auch das haben wir im Rahmen der „AirRegion“ schon gemacht. Auch das gefällt mir im Text. Überrascht bin ich darüber, dass wir pestizidfrei werden sollen, weil wir im letzten Jahr eigentlich schon einen entsprechenden Beschluss im Gemeinderat gefasst hatten und die Gemeinde schon auf diesem Weg ist.

„Transparenz und Ehrlichkeit“ in der politischen Praxis – das wünschen wir uns alle und es ist auch enorm wichtig. Es ist ja aber selbstverständlich, dass Artikel 20 des Gemeindegesetzes ganz, ganz strikt angewandt wird (besteht ein direktes oder persönliches Interesse, so ist es Mitgliedern des kommunalen Korps verboten, an einer Abstimmung des Gemeinde- oder Schöffenrats teilzunehmen, A.d.R.). Ich weiß aber, dass viele Sachen herumschweben, auch im Internet Sachen behauptet werden, die nicht richtig sind und auch unser Ehrenbürgermeister zur Feder greift und Sachen schreibt, die nicht richtig sind. Ich fordere

hier vom Schöfferrat: Wenn es irgendein Problem hier gibt, wo er meint, der Art. 20 wäre nicht respektiert worden, - hier sind wir in einem Gemeinderat, hier gelten Regeln, sonst können wir nicht arbeiten -, dann möchte ich, dass das zur Sprache gebracht wird, dass da interveniert wird und die Gesetze eingehalten werden. Aber nicht einfach etwas schreiben und es ist nichts dahinter und dann kommt das immer wieder, wird immer wieder aufgeblasen. Entweder wir haben ein Problem und dann muss der Schöfferrat es anpacken oder wir haben keines und dann verstehe ich nicht, was das Ganze soll.

Zum Kapitel „Bürger informieren und einbinden“: Das ist tiptop und ich finde es ganz respektabel, dass der Gemeinderatsbericht geschrieben wird. Die Fristen klappen zwar nicht so, aber es ist einer da – das ist eine super Sache. Macht weiter so.

Auch der LSAP war es immer ein Anliegen, die ausländischen Mitbürger zu motivieren und einzubeziehen. Bei den Kommissionen ist uns aufgefallen, dass die Aufsichtskommission des Musikunterrichts fehlt. Froh bin ich auch, dass das altersgerechte Wohnen angepackt wird. Gelder sind für einen Skateboard- und Bikepark vorgesehen und ich finde es flott, dass für die Jugend etwas gemacht wird. Es gibt aber heute schon modernere Sachen, wie Pumptracks, die man in Betracht ziehen sollte.

„Gasnetz vervollständigen“- bei dem, was noch bleibt dürfte das keine ganz große Herausforderung sein. Die Vereinspolitik können wir so auch nur unterstützen und die Idee von der „Cité jardinière“ bleibt ja bestehen. „Jugendkommunalplan“ – auch ein Thema, wo Kostenvoranschlag ja schon im Gemeinderat gebilligt wurde. Ich bin auch hier froh, dass weiter daran gearbeitet wird. „Betriebe und Soziales“: kann ich alles unterschreiben, was da steht. Kultur und Identität: da habe ich gesehen, dass leider Geld aus dem Budget gestrichen wurde für die Denkmalpflege. Finanzen als „bon père de famille“ verwalten ist auch ein Satz, der mir bekannt vorkommt. Die „AirRegion“ ist eine ganz, ganz wichtige Konvention und da ist noch viel Potenzial, was ausgeschöpft werden muss und ich bin froh, dass das von Ihnen gewollt ist.

In der Schöfferratserklärung deckt sich vieles mit der Arbeit, die vorher von der LSAP-CSV-Koalition gemacht wurde und es deckt sich vieles mit dem Wahlprogramm der LSAP, das relativ früh herausgegeben wurde. Ich vermisse die angekündigte Fairness und Integrität. Man kann ja mal verschiedene Sichtweisen haben und verschiedene Interpretationen, Fakten dürfen aber nicht ignoriert werden und wir haben an verschiedenen Stellen gesehen, dass das hier aber gerne gemacht wird. Damit kann ich nicht einverstanden sein.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Claude, ich danke Dir für die konstruktiven Kommentare und würde gerne auf einige Punkte eingehen. Du hast von Kontinuität geredet und in unserem Programm haben wir auch auf Kontinuität aufgebaut. Es hat keinen Sinn in einer Kollektivität, wie dieser einen totalen Bruch mit dem zu machen, was gelaufen ist. Wir wollen das weiterführen, was gut ist und was in die Wege geleitet war. Wir wollen aber auch andere Akzente setzen.

Die Präsentation der Erklärung mag unilateral gewesen sein, aber heute bietet sich bei der Abstimmung ja die Möglichkeit zu zeigen, ob die Koalition hinter dem Programm steht und dass es die Arbeit einer Gruppe war, die das hier vertritt.

Bei der Umweltberatung kann man eine Zusammenarbeit mit dem SIAS ins Auge fassen und wir werden das auch ansprechen, wir haben aber eine klare Aussage gemacht, dass wir Bürgern, die eine Vorstudie über die Nutzung alternativer Energien oder energetischer Optimierung ihrer Häuser machen wollen, diese Studie zum großen Teil finanzieren. Das ist beim SIAS momentan nicht vorgesehen.

Du hast auch vom Skatepark gesprochen und da nehmen wir deine Bemerkung gerne mit. Wir haben das Projekt noch nicht im Detail angeschaut, bis jetzt bestehen ja nur Ideen. Die Aufsichtskommission des Musikunterrichts – da hast Du ganz recht, das müssen wir noch ergänzen.

Schöffe Jean-Paul Jost: Danke Claude für die Feststellung, dass die Kontinuität in der Schöfferratserklärung gegeben ist. Ich hoffe dass somit nicht nur die Koalition, sondern der ganze Gemeinderat hinter der vorgelegten Erklärung stehen wird und wir dieses Programm gemeinsam im Interesse unserer Bürger verwirklichen können. Zum moderaten Wachstum will ich allerdings bemerken dass es in Zukunft gar nicht so einfach werden wird dieses Ziel zu respektieren da jetzt schon mit 3.550 Einwohnern wir nicht mehr weit von 3.900 entfernt sind. Allein das Projekt Leyebierg umfasst 105 Häuser multipliziert mit durchschnittlich 2,8 Bewohnern und somit müssen wir dann in den nächsten

Jahren stark bremsen weil wir theoretisch nur noch Wohnraum für 50 weitere Personen bis zum Jahre 2015 schaffen dürften.

Rätin Dany Hardt: Die Schöfferratserklärung hat sich wie ein Wunschzettel für die Feiertage gelesen, ich vermisste dabei aber die konkreten Pläne. Es ist zum Beispiel schön vom Pédibus zu sprechen, aber wie soll es hier konkret weitergehen? Ich kann auch das betreute Wohnen nur begrüßen, aber ist denn auch ein Anbau des CIPA vorgesehen? Bei der Gemeindeentwicklung sind ganze 110.000 Euro für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen. Ist das nicht zu wenig? Wie sieht es beim „Parking résidentiel“ aus? Wird das weitergeführt oder ausgebaut? Die Verkehrsberuhigung klingt ja ganz gut, aber wie sehen hier die Lösungen aus? Für mich stellen sich da noch ganz viele Fragen. Ich unterstütze den Wunschzettel aber voll und ganz – schöner kann keine Schöfferratserklärung sein.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Das ist ja schon fast ein Kompliment, ich fasse es jedenfalls einmal so auf. Das ist ja ein Programm für sechs Jahre und so ein Programm fängt mit Ideen an, aus denen dann Projekte werden und dann muss man dafür sorgen, dass man sie umsetzt. In sechs Jahren kann man viel machen. Ich kann keine Garantie geben, dass wir 110 % umsetzen, aber wir haben uns einmal vorgenommen, 100% umzusetzen und in sechs Jahren schauen wir dann.

Das Konzept „Pédibus“ werden wir mit den betroffenen Leuten noch einmal diskutieren. Das Verkehrsberuhigungskonzept von der Schule müssen wir aufstellen und mit Spezialisten durchdiskutieren, denn all die Verkehrsprobleme sind kompliziert, das habe ich jetzt schon mit den Ampeln vor der Schule gesehen. Zum altersgerechten Wohnen gab es Diskussionen in der zuständigen Kommission. Wir haben jetzt Kontakt aufgenommen zum CIPA Contern und wir haben auch mit einem zweitem Seniorenheim Kontakt aufgenommen, aber wir sind erst zwei Monate im Amt, da kann man noch nicht jedes Problem gelöst haben.

Zum sozialen Wohnungsbau: Da besteht das konkrete Projekt Leyeberg-Centre, das von der SNHBM gebaut wird. Die Gemeinde stellt ja schon das Grundstück bereit und der Betrag, den die Gemeinde zusätzlich zur Verfügung stellt, reicht für die Infrastrukturarbeiten aus.

Rätin Dany Hardt: Ich habe vieles aus der Schöfferratserklärung in der Publikation vom Mouvement Ecologique wiedergefunden. Diese Kapitel sind allerdings wenig auf Gemeinden ausgerichtet. Ich hätte mir in der Schöfferratserklärung mehr Präzision erwartet.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Wir haben dort aber nicht abgeschrieben, das kann ich garantieren. Mit 12 Seiten ist das Dokument schon sehr ausführlich. Zum Parking résidentiel: Wir sind uns bewusst, dass wir in verschiedenen Straßen ein Parkproblem haben und haben auch vor, speziell mit den Betrieben in der Industriezone zu sprechen. Es wurde ja eine Studie gemacht –Claude weiß das -, die zeigt, dass dort noch viele Parkplätze frei stehen. Die Betriebe stellen auch Stellplätze in Tiefgaragen gegen eine Gebühr zur Verfügung, aber die Mitarbeiter ziehen es vor, beispielsweise in der rue du Château zu parken. Diese Diskussion werden wir führen. Parking résidentiel wäre eine andere Maßnahme, aber wenn viele Arbeitnehmer schon von weit herkommen und wir verbieten ihnen dann noch in einer großen Entfernung vom Arbeitsplatz zu parken, wo kommen wir da hin? Der Ball liegt eher bei den Betrieben und die Diskussion müssen wir führen.

Rat Marc Lamesch: Was Dany sagt ist richtig: eine Schöfferratserklärung ist eine Wunschliste. Das hier ist die dritte, die ich gesehen habe und sie ist die detaillierteste, aber auch die realistischste. Die Latte liegt sehr hoch und es wird schwer, sie nicht zu reißen. Da müssen jetzt Studien gemacht und das Finanzielle geschaut werden, es wird auch noch harte Verhandlungen geben und da muss der Gemeinderat zeigen, seinen Mann und seine Frau zu stellen.

Was die Fairness anbelangt, wir sind im November vereidigt worden, da wurde ein neues Spiel angepiffen und bis jetzt ist alles im grünen Bereich.

Information vom Bürger und politische Transparenz im Gemeinderat ist für mich wichtig an der Schöfferratserklärung. Die letzten zwei Schütter Nachrichten in einem Jahr waren sehr konzentriert und

kamen recht spät. Es ist für die Information des Bürgers auch wichtig, dass man die Stimme der Opposition hören kann, denn jeder hat ja seine eigene Meinung und seine Ideen, die er hier zur Sprache bringt und dann sollen die Leute das auch mitbekommen.

Für mich geht die Kontinuität über die letzten 18 Jahre. So war die Entscheidung der Industriezone sehr schwer und umstritten, aber wichtig für unsere Gemeinde. Was würden wir ohne diese Einnahmen machen? Deswegen ist auch der Dialog mit den Betrieben so wichtig. Bei den Parkplätzen kann es ja nicht sein, dass die Leute, die hier wohnen nicht mehr vor der Tür parken können, weil die Betriebe in der Industriezone zu hohe Preise für die Tiefgarage verlangen. Das muss zusammen diskutiert werden.

Zur Bebauungspolitik: Wir müssen zu einer kohärenten, nachhaltigen Bebauungspolitik kommen. Wenn man das machen will, kann man es nicht jedem recht machen und es ist nicht der einfachste Weg. Wir müssen uns hier eine Linie geben, Richtlinien geben, die dann eingehalten werden und nicht à la tête du client Entscheidungen treffen.

Rat Jean-Marie Altmann: Claude hat das Meiste gesagt. Ich habe noch zwei Sachen: Ich wollte anregen, die Infrastruktur des Recyclingcenters auszubauen, denn die platzt aus allen Nähten. Im öffentlichen Transport stehen wir bei den Bussen und dem Zug gut da. Es sollen nun noch zwei Haltestellen dazu kommen. Es wäre schon schön, wenn auch nur eine dazu käme. Zum Syri-Express wollte ich noch fragen, ob man den nicht ausbauen könnte auf abends nach sieben Uhr und samstags. Man sollte da prüfen, ob das nicht sinnvoll wäre.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Der Ausbau des Recyclingcenters muss im SIAS diskutiert werden. Über die Zug-Haltestellen entscheidet die Regierung, da müssen wir eben politische Diskussionen an der richtigen Stelle führen. Beim Syri-Express sind wir dabei, uns die Situation, wie er genutzt wird anzuschauen und den finanziellen Impakt zu prüfen.

Rat Claude Marson: Ich möchte zur Bautenpolitik noch sagen, dass kein Promoteur in den letzten sechs Jahren die Bauvorhaben diktiert hat, wir haben keine Bausünden begangen, nicht so wie am Ende von Schüttringen, wo eine immense Dichte besteht. Jean-Paul Jost hat erklärt, wenn alle Projekte gebaut sind, kämen wir auf 3.900 Einwohner oder mehr. Wir sind aber schon seit fünf Jahren dabei, verschiedene Projekte zu machen. Beim Schloss sind von 25 geplanten Häusern gerade vier gebaut und auch der Leyebierg wird nicht so schnell in den nächsten fünf Jahren fertig.

Beim Parkproblem kann man im Dialog mit den Betrieben schnell Lösungen finden. Es war in diesem Sinn eine gute Sache, dass wir letztes Jahr die Entente mit Niederanven gemacht haben und da jetzt eine Plattform besteht.

Die Schöffenratserklärung wird mit acht Ja-Stimmen der DP, der Schëtter Bierger und der CSV, bei zwei Enthaltungen der Räte Hardt und Altmann und einer Nein Stimme von Rat Marson angenommen.

2. Gemeindefinanzen

Bürgermeister Welsch: Im Bereich der Finanzen geht es nun um den berechtigten Haushalt von 2011 und den neuen Haushalt von 2012. Heute soll nicht über den 5-Jahresplan diskutiert werden, der vor kurzem hier umrissen worden war. Wir waren nicht imstande, innerhalb von drei Wochen schon einen solchen Plan im Detail auszuarbeiten. Bislang liegen nur Indikationen vor und wir diskutieren die Einzelheiten, wenn er fertiggestellt ist.

Die Schulkommission hat sich in einem Brief mit der Haushaltsvorlage einverstanden erklärt. Ich gebe jetzt Marc Lenert von der Finanzkommission das Wort, der uns ihren Bericht vorträgt.

Marc Lenert: Er hebt im Namen der Finanzkommission die gute Finanzverwaltung des letzten Schöffenrats hervor. Er begrüßt, dass die Kommission in den letzten Wochen schnell mit allen, auch

elektronischen Dokumenten versorgt worden ist. Die Reklamationen der Vergangenheit, die nötigen Informationen adäquat und fristgerecht zugestellt zu bekommen hätten also eine positive Antwort gefunden. Wenn die 7,1 Millionen Euro an außerordentlichen Einnahmen, teils durch Grundstücksverkäufe, nicht erzielt würden, müsse man sich über einen Kredit Gedanken machen, was bei der guten Finanzsituation der Gemeinde aber kein Problem wäre.

Im Auge behalten müsse man die Situation der Betriebe in der Gemeinde. Die wirtschaftliche Situation sei nicht so gut und man müsse im Auge behalten, ob die gute Einnahmesituation so bleibt. Er rät dazu, in Zukunft zu einem Zero-based Budgeting zu kommen, wie es die Stadt Luxemburg praktiziert, bei dem jedes Jahr jeder Posten des Haushalts neu hinterfragt wird. Als Schlussfolgerung hält er fest, dass die Finanzsituation gut war und es so aussehe, als würde sie es in den nächsten Jahren auch bleiben.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Ich danke der Finanzkommission für die detaillierte und seriöse Arbeit. Wir werden uns die Empfehlungen zu Herzen nehmen. Zur kruzialen Frage, was machen wir, wenn die Einnahmen nicht so hereinkommen, ist es klar, dass wir die Finanzpolitik vor allem bei den Investitionen im außerordentlichen Haushalt so ausrichten, dass sie im Einklang bleiben mit den außerordentlichen Einnahmen. Es ist ganz klar, dass wir alles daran setzen, die sechs Millionen für das Grundstück in der Industriezone auch zu erhalten. Wir werden dieses Dossier im Schöfferrat ganz ernst angehen. Es ist nicht einfach, aber wir finden es schade, dass dieses Grundstück seit Jahren brach liegt und keine Einnahmen einbringt. Es gibt Unternehmen im Land, die solche Grundstücke suchen und es ist dringend, dass dort ein Akkord gefunden wird.

Beim Dossier von den Tennisplätzen nehmen wir uns auch zu Herzen, dass wir die Ausgaben im Auge behalten. Wir müssen jetzt mit diesen Zahlen und den Ausgaben, die noch kommen leben. In Zukunft müssen wir aufpassen, dass in so einem Dossier von Anfang an die Kostenvoranschläge richtig sind und solche Ausrutscher nicht mehr vorkommen. Zum Zero-based-budgeting: wir haben auch in diesem Jahr schon jede Position noch einmal unter die Lupe genommen und werden das in den nächsten Jahren, wenn der Zeitdruck nicht gerade so groß ist, vertiefen.

Rat Marc Lamesch: Ich danke auch der Finanzkommission für ihre Arbeit. Vor 25 Jahren war die Gemeinde nicht mehr in der Lage, die Gehälter ihrer Angestellten zu bezahlen und musste sie über Kredite finanzieren, heute haben wir trotz aller Investitionen, die gemacht wurden, praktisch keine Schulden und gehören zu den 12 Gemeinden im Land, die von ihren Gewerbeeinnahmen mehr an den Staat abgeben als sie von ihm erhalten: nur 37% behalten wir, der Rest fließt in den großen Topf, von dem wir dann einen Teil zurückbekommen. Der Haushalt ist sicher einer der Kontinuität, man kann in drei Wochen nicht das Rad neu erfinden. Ich lege aber in Zukunft Wert darauf, dass bei jeder Investition die Folgekosten berücksichtigt werden. Beim Tennisballon wurde nicht nur der Kostenvoranschlag überschritten, auch die Folgekosten sind fast astronomisch.

Ich bin froh, dass wir den Weg beschreiten, unsere Schuldenkredite aufzulösen. Wir haben jetzt als Gemeinde 600.000 Euro Schulden – das sind Peanuts, entschuldigt den Ausdruck. Wenn die sechs Millionen aus dem geplanten Grundstücksverkauf nicht hereinkommen, ist es richtig, Projekte zu strecken oder zu verschieben, man soll aber nicht den Weg gehen, nichts zu machen, solange die sechs Millionen nicht erzielt sind. Wir könnten im Zweifel immer noch ein bisschen Schulden machen, ohne uns schämen zu müssen. Alles mit Maß, aber mein früherer Pessimismus hat sich schnell gelegt, seit ich in einem Kurs über Gemeindefinanzen war und die Zahlen darüber einmal klar gesehen habe, was die Gemeinde einnimmt. Wir müssen aber wissen, dass große Investitionen noch auf uns zukommen, ich denke da an die Kirche und das Gemeindehaus. Das ist in diesem Budget aber alles schon berücksichtigt.

Ich möchte noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mir seit Jahren auf der Leber liegt. Es ist bestimmt keiner hier am Tisch gegen den sozialen Wohnungsbau und man soll mir das auch nicht in den Mund legen, aber in dem Rhythmus, wie die Gemeinde das angefangen hat, können wir nicht weitermachen. Der soziale Wohnungsbau wird uns ungefähr 1,4 Millionen Euro kosten. Das geht nicht lange, solche Projekte müssen anders angepackt und durchgezogen werden.

Als Beispiel: die Gemeinde hat für 25.000 Euro pro Ar eine nackte Wiese gekauft und der Promoteur

konnte mit seinen fertig gezeichneten Plänen am nächsten Tag anfangen zu bauen, ohne lange Prozeduren, sodass sich der Preis relativiert hat. Derselbe Promoteur hat von einem anderen Eigentümer Grundfläche gekauft, ohne dass ein Projekt vorlag und nur die Hälfte bezahlt: 12.500 Euro pro Ar. Und das ist auch der Preis, den die Gemeinde hätte investieren können, dann wäre immer noch ein Schuh aus dem Projekt geworden. Zu dem, was Dany gesagt hat: Die SNHBM hat in der Gemeinde ohnehin eine Reihe Grundstücke billig gekauft, sie sind spezialisiert auf sozialen Wohnungsbau und deswegen muss die Gemeinde nicht auch noch Grundstücke kaufen, quasi Konkurrent werden, um dann doch zur SNHBM zu laufen und zu sagen: „Könnt Ihr es nicht machen, wir bringen es nicht fertig“. Das ist ein bisschen unsinnig. Es wäre besser, man arbeite mit ihr zusammen, damit etwas entsteht, was für die Gemeinde kostengünstig ist und auch für die, die es brauchen - vor allem die jungen Leute, die ja hier in der Gemeinde bleiben sollen. Denn wenn die SNHBM die Grundstücke billig gekauft hat, können sie die Wohnungen auch zu einem anderen Preis weiterverkaufen. Das Projekt Leyebierg wird ja kein billiges Projekt, das liegt einfach an der Topografie des Grundstücks. Das ist keine ganz glückliche Sache. Insgesamt bin ich mit dem Budget zufrieden. Ich hätte nur gerne, dass wir auch die ordentlichen Ausgaben einmal durchsehen und schauen, was wir eventuell billiger bekommen, ohne dass die Dienstleistung schlechter wird.

Jim Ronk: Der Bürgermeister hat angedeutet, dass die Finanzlage gut ist. In den 90er Jahren wurde die Industriezone aufgebaut. Das hat sich gelohnt und es sind auch nicht nur irgendwelche Betriebe angesiedelt worden, sondern solche, die auch Boni machen und entsprechend Gewerbesteuer bezahlen. Es ist nun an uns, die gute Finanzlage weiter zu verwalten und intelligent zu investieren, damit es in unserer Gemeinde lebenswerter wird. Solange ich mich erinnern kann, wurden nach der Industriezone immer nur ausgeglichene Haushalte vorgelegt. Der vorgelegte Haushalt ist ein ausgeglichener und es ist der erste nach den Wahlen. Es ein Übergangsbudget, weil ja noch verschiedene Verpflichtungen auf den letzten Schöfferrat zurückgehen.

Einen Punkt wollte ich aber noch sagen. Der Ballon vom Tennis – da ist ja aber wirklich etwas schief gelaufen. Am 25. Mai 2011 sind 290.000 Euro gestimmt worden und heute müssen wir noch einmal 180.000 Euro nach stimmen. Jetzt kostet die Plastikhalle 470.000 Euro, also 62% mehr, und das reicht noch nicht, weil im Budget auch noch 30.000 Euro für Heizkosten und Strom stehen. Das ist nur für ein halbes Jahr, denn der Ballon wird die Hälfte des Jahres ja auf- und abgebaut. Für das Schulzentrum sind 27.000 Euro vorgesehen und das ist das ganze Jahr über in Betrieb. Ich habe drei Frage: Warum ist der Ballon so viel teurer geworden? Was kostet das Auf- und Abbauen, wer macht es und ist überhaupt ein Platz zum Lagern vorgesehen? Sieht der Schöfferrat irgendwelche Möglichkeiten, die Energiekosten zu drücken?

Bürgermeister Nicolas Welsch: 387.000 Euro sind im Moment schon insgesamt engagiert und damit sind wir noch nicht fertig, weil ja der Zaun um das Terrain herum abgebaut werden musste, als der Ballon errichtet wurde. Der muss nun wieder für den Sommer aufgebaut werden und es muss ein Sichtschutz gemacht werden. 180.000 Euro müssen also noch zusätzlich gestimmt werden. Zu den Funktionskosten: 30.000 Euro sind für die Heizung vorgesehen, 36.000 Euro sind es mit den Auf- und Abbauarbeiten. Wir sind eine Klimabündnisgemeinde und reden von Energieeffizienzplänen und müssen deswegen schauen, dass wir die Energiekosten und den CO₂ in den Griff bekommen und nur heizen, wenn nötig. Wir müssen nun mit dem Tennisclub, der die Plätze ja vermietet und Einnahmen hat, schauen, wie die Gemeinde im Rahmen einer Konvention Kosten zurückerstattet bekommt. Wir werden den Tennisclub sicher unterstützen, aber das muss so sein, dass es auch vertretbar bleibt.

Rat Marc Lamesch: Bis jetzt war der Winter ja extrem sanft, bei einem strengen Winter geht der Verbrauch noch einmal richtig hoch – da werden 30.000 Euro nicht reichen.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Wir haben eine kleine Marge gelassen und rechnen mit Temperaturen um die 0 Grad, aber wenn wir auf -23 Grad sinken, wird dieser Betrag nicht reichen.

Rat Vic Back: Für das Fußballfeld steht ein Betrag von 200.000 Euro im Haushalt. Ist das nur der Anteil der Gemeinde, spielen da noch andere Akteure mit? Für was ist das gedacht?

Bürgermeister Welsch: Das ist der Anteil der Gemeinde. Wir bekommen auch einen Teil vom Staat. Hier am Tisch ist immer gesagt worden, dass das Unternehmen, das das Feld gebaut hat, bzw. das Büro, das die Stabilität des Bodens berechnet hat, sich beteiligt. Auf diese Aussagen haben wir uns basiert.

Rat Marc Lamesch: Es war immer hier klar gesagt worden, dass jeweils ein Drittel getragen wird, dass dieser Akkord da wäre.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Das werden wir dann bei den Gesprächen herausfinden.

Rat Jean-Marie Altmann: Die Ziffer von 200.000 Euro: Ist da ein Kostenvoranschlag gemacht worden? Der Fußballclub muss jedenfalls mit seinem synthetischen Feld in einem bestimmten Zeitraum mit FIFA 1 oder 2 konform sein. Ist das berücksichtigt?

Bürgermeister Nicolas Welsch: Das ist eine Schätzung, ein definitiver Kostenvoranschlag liegt noch nicht vor.

Schöffe Jean-Pierre Kauffmann: Das kommt darauf an, was gemacht werden muss. Wenn der ganze Untergrund ausgehoben werden muss, wird es teurer. Wenn nur der Teil, der sich gesenkt hat, gehoben wird, reicht es mit dem Betrag. Das müssen Fachleute uns nun sagen, ob das überhaupt geht. Wir haben noch keine Pläne vorliegen. Es kommt dazu, dass das Feld 12 Jahre alt ist, es war mit das erste im Land. Wenn es frisch gemacht wird, dann sollte es vielleicht besser komplett erneuert werden.

Rat Claude Marson: Das Feld hat sich gesenkt und es wurde auch ein Akkord über die Kostenaufteilung gefunden. Dann wurde aber doch entschieden, es nicht zu machen. Das hätte keine Zukunft, denn jetzt gelten die FIFA-Standards und das fängt schon mit dem Unterbau an, der heute aus flüssigem Gummi ist. Die neue Generation der synthetischen Terrains ist etwas ganz anderes. Die Summen relativieren sich, wenn man die Kosten über die ganzen Jahre schaut, denn der Unterhalt eines Grasfeldes kostet ja auch. Jetzt ist einfach der Moment, einen neuen, konformen Aufbau zu machen. Aber eines ist sicher: für 200.000 Euro ist das nicht zu machen.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Wir überprüfen das jetzt im Detail. Wenn die vorgesehenen Finanzmittel nicht reichen, dann können wir ja noch immer mit einem neuen Vorschlag hierher an den Tisch zurückkommen.

Rat Claude Marson: Ich habe mir das Gutachten der Finanzkommission und auch die Präsentation des 5-Jahresplans angeschaut. Dass es im Dezember noch früh war, ist verständlich. Ich hatte aber gemeint, dass man für heute vielleicht schon einen Ausblick hätte bekommen können über die Projekte und auch den Zeitplan. Da sind wir meiner Meinung nach einen Schritt zurückgegangen, aber das kann sich ja für das nächste Jahr noch verbessern.

Bei den ordinären Ausgaben bin ich froh, dass wir einen Arbeiter dazu bekommen. Wenn es eine Frau sein sollte, haben wir dann natürlich ein Problem mit den Sanitäranlagen.

Unter den Subsidien fehlt mir der für den Plan Directeur – ich habe den nicht gesehen. Ich habe bei den Wassereinnahmen gesehen, dass sich der Betrag nicht geändert hat, obwohl in der Schöffenratserklärung steht, dass der Wasserpreis sozialer gestaltet werden soll.

Ich meine auch, so ähnlich wie die Finanzkommission, dass man die Heizkosten analysieren sollte. Ich bin auch davon ausgegangen, dass wir durch das Heizen mit eigenem Holz eine Senkung erreicht hätten, was aber nicht der Fall ist. Auch bei den Putzarbeiten, für die 200.000 Euro pro Jahr anfallen, sollte man ein Inventar machen und es neu ausschreiben. Bei den Feuerwehrleuten habe ich vermisst, dass die Entschädigung, die ausbezahlt werden soll - weil ja das Rundschreiben mittlerweile da ist, die Beträge

bekannt sind und wir ja nicht von riesigen Summen reden – vorgesehen wird.

Schöffe Jean-Paul Jost: Der notwendige Kredit für die Entschädigung der Feuerwehrleute ist im Haushaltsplan enthalten.

Rat Claude Marson: Dann habe ich sie vielleicht übersehen. Bei den Kinderferienlagern sind nur 5.000 Euro, meine ich, vorgesehen, damit kommt man nicht weit – das scheint mir bescheiden zu sein. Ich finde gut, dass die Erwachsenenkurse weitergeführt werden. Bei der Teuerungszulage bin ich der Meinung, dass wir sie eher hätten höher setzen müssen als zu kürzen, da wir ja schon im letzten Jahr Probleme hatten, sie auszubezahlen und die Leute warten mussten, bis wir zusätzliche Gelder nachgestimmt haben. Viel Geld ist für die Grünanlagen und Spielplätze vorgesehen: sollen hier noch weitere Spielplätze von der Gemeinde angelegt werden, obwohl zu jedem Lotissement ja auch die Anlage eines Spielplatzes gehört? Ziemlich niedrig kommen mir auch die 5.000 Euro vor für die Städtepartnerschaft. Und auch der Denkmalschutz und die Werbung für unsere Kulturgüter, wie die Kirche, werden nicht genug unterstützt – auch wenn verschiedene Gebäude in Privathand sind. Die Bibliothek sollte mehr für die Öffentlichkeit geöffnet werden und es ist schade, dass das nicht mehr unterstützt wird. Eine ganz gute Sache ist die LED-Beleuchtung.

Über 500.000 Euro kommen durch den Pacte Logement herein. Wir haben auch immer aufgepasst, dass wir unsere Voranschläge einhalten - bis auf jetzt beim Ballon, wofür ich auch keine weiteren Erklärungen habe, weil ich dieses Dossier nicht verwaltet habe, der technische Dienst kann das bezeugen. Wir haben auch Anstrengungen gemacht, das Grundstück in der Industriezone zu verkaufen und es sind sicher auch Interessenten zu finden. Das ist ein komplexes Dossier, für das man den richtigen Schlüssel finden muss. Der Preis von sechs Millionen ist aber durchaus realistisch. Bei den Subsidien, wie für den sozialen Wohnungsbau, ist mir aufgefallen, dass sie alle im außerordentlichen Haushalt stehen statt im ordentlichen, das ist mir nicht ganz klar.

Es ist gut, dass der technische Dienst vergrößert wird, aber man müsste Gespräche mit dem SIAS suchen, denn der Platz, vor allem zu den Spitzenzeiten im Recyclingcenter ist schon jetzt eng. Gut ist auch, dass beim Fahrzeug für die Feuerwehr eine dauerhafte Lösung für die nächsten 20 Jahre gesucht wurde. Der Betrag von 100.000 Euro für den alternativen Schulhof ist auch gut investiert. Genauso wie das Geld für ein Mobilitätskonzept.

Für den Fußgängerweg vom Bahnhof Munsbach zur Industriezone ist nicht mehr viel vorgesehen, ist mir aufgefallen. Ist das, weil es wohl ein eher langfristiges Projekt ist? Oder wollt Ihr es nicht machen? Für die rue de Senningen haben wir ein Projekt ausgearbeitet, soll das im Dialog mit den Leuten, die dort wohnen weitergeführt werden? 50.000 Euro für Energiesparen sind in meinen Augen knapp bemessen. Mir geht das Budget, was die Ökologie anbelangt nicht weit genug, ist nicht konsequent genug.

Was den sozialen Wohnungsbau anbelangt, steht nicht viel Geld im Budget, der Betrag ist zu niedrig dafür, dass sozialer Wohnungsbau eine Priorität sein soll. Es ist richtig, dass die SNHBM Grundstücke gekauft hat und das ist eine Chance für die Gemeinde und ich bin trotzdem froh, dass die Gemeinde das andere Grundstück gekauft hatte und jetzt auch sozialen Wohnungsbau anbieten kann. Das kann die Gemeinde selbstverständlich in Zukunft nicht immer machen, da muss sie aufpassen, aber wohlwissend, dass die SNHBM Grundstücke hat und dass sich aus dem PAG vielleicht Möglichkeiten für sozialen Wohnungsbau der Gemeinde zu einem anderen Preis ergeben werden, ist mir der Betrag zu niedrig.

In diesem Sinn fehlt mir die Transparenz, wo die globale Sicht des Schöffensrats ist, nicht nur für 2012, sondern was die Politik darüber hinaus sein soll. Es ist nicht einfach, wenn man erst so kurz in den Pedalen steht und ich denke, dass wir nächstes Jahr eine bessere Haushaltsvorlage bekommen.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Ich gehe gerne zusammen mit den Kollegen auf Deine Bemerkungen und Anregungen ein. Das Subsidium für den Plan Directeur ist auf Seite 72 eingeschrieben. Das Putzen ausschreiben – da teilen wir Deine Meinung, wenn wir das genau wie bei den Versicherungen gruppieren. Die Schulferienlager (eine neues Vorhaben) müssen vorbereitet werden und das bekommen wir dieses Jahr nicht mehr in einem größeren Ausmaß hin, deswegen nur 5.000 Euro. Bei der Teuerungszulage haben wir eine Schätzung gemacht, was anfallen könnte. 15.000 Euro standen in Deinem Budget für 2011, wir

haben es jetzt auf 35.000 Euro mehr als verdoppelt für 2012. In den 40.000 Euro für die Spielplätze ist der Bikepark enthalten. Unsere Partnerstadt Siegelbach hat finanzielle Probleme und kann einen Besuch hier nicht finanzieren. Beim Ballon hast Du gesagt, dass Du nicht direkt verantwortlich gewesen wärest – ich bin persönlich der Meinung, dass der Bürgermeister immer in der Mitverantwortung steht. Es kann nicht der technische Dienst verantwortlich gemacht werden, denn der arbeitet immer unter der Autorität vom Schöfferrat.

Rat Claude Marson: Das habe ich auch nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, dass ich nicht für die Überwachung in diesem Dossier verantwortlich war, sondern ein anderer aus dem Schöfferrat. Ich bin selber überrascht, weil wir immer versucht haben, unsere Voranschläge einzuhalten.

Bürgermeister Nicolas Welsch: Der Fußgängerweg zur Industriezone wird so schnell nicht gemacht werden können. Wir werden jetzt einmal die nötigen Studien machen und schauen, die Gespräche für die nötigen Grundstückskäufe anzufangen.

Schöffe Jean-Paul Jost: Der Plan der rue de Senningen wird noch einmal überarbeitet, um auch Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung mit einfließen zu lassen. Zum sozialen Wasserpreis: Das heißt für uns, dass die, die sozial schlecht dran sind, weniger bezahlen und die, die beim Verbrauch ein bisschen mehr zuschlagen auch ein bisschen mehr bezahlen. An der Einnahmehöhe ändert sich deswegen nichts und wir müssen ja auch kostendeckend abrechnen. Allgemein möchte ich sagen, dass eine Gemeinde auch eine soziale Verpflichtung hat. Sie sollte ihre Ausgaben jetzt nicht bremsen. Unsere finanzielle Situation ist exzellent, wenn ich sie mit anderen Gemeinden vergleiche. Wir sprechen von dem Grundstück in der Industriezone und sechs Millionen: Sollten sie nicht erreicht werden, ist es heute möglich, über eine Vorfinanzierung zu sehr günstigen Konditionen Geld zu bekommen, sodass wir auch ein paar Jahre überbrücken könnten. Auf der anderen Seite haben wir für gut zwei Millionen in Uebersyren ein Grundstück gekauft. Da ist auch noch die eine oder andere Einnahme möglich. Wir haben vor den Wahlen niemanden versprochen, dass unser Wahlprogramm zum Nulltarif umzusetzen ist. Wir wollen den Dienst am Bürger verbessern, die Verwaltung optimieren und die Bürger informieren. Wir haben eine qualitativ hochwertige Schule, die Kinder werden betreut – das kostet alles. Wir sollten eine vorsichtige Finanzpolitik betreiben, aber wir haben einerseits noch gute Reserven und unsere Abgaben sind nicht zu hoch. Sie haben recht, dass man vielleicht bei dem einen oder anderen Posten feststellen wird, dass er nicht ausreicht reicht; wir werden dann eben nachbessern müssen. In einem Jahr werden wir sehen welche Projekte schneller oder langsamer zu realisieren sind. Bis dahin haben wir auch unseren Mehrjahresplan erstellt und können die vorhandenen Mittel präziser einsetzen.

Rat Jérôme Lehnertz: Ich habe noch ein paar Fragen. Dank der letzten Koalition wurde der Pacte Logement gestimmt, der uns 2012 ja auch 115.000 Euro eingebracht hat, obwohl die jetzige Koalition dagegen gestimmt hatte. Es wurde eine gute Finanzlage geschaffen. Ihr stellt jetzt zwei neue Gemeindebeamte ein. Was sollen die machen und wo stehen sie im Organigramm?

Bürgermeister Nicolas Welsch: Wir haben kein detailliertes Organigramm vorgefunden, obwohl wir es öfters gefordert haben. Wir arbeiten jetzt daran. Was den Pacte Logement anbelangt, hatten wir damals eine Reihe Fragen, auf die nicht geantwortet worden war und deswegen haben wir dem Pacte Logement nicht zugestimmt.

Rat Jérôme Lehnertz: Was ist bei den Grünflächen für 150.000 Euro genau geplant?

Bürgermeister Welsch: Wir finden, dass man die Grünflächen so wie in anderen Gemeinden besser gestalten könnte. Hier besteht Nachholbedarf und wir meinen, dass es dem Image der Gemeinde gut tut.

Rat Jérôme Lehnertz: Gibt es beim Subsidium für den Fußballplatz eine schriftliche Zusage?

Bürgermeister Welsch: Wir haben eine mündliche Zusage des Sportministeriums.

Rat Lehnertz: Ist beim Ankauf von Reservegrundstücken schon etwas Konkretes vorgesehen?

Bürgermeister Welsch: Nein, das wird genutzt, wenn sich eine Gelegenheit bietet, damit man dann schnell handeln kann. Das steht auch so im Gesetz. Ob die zwei Millionen genutzt werden, ist also nicht sicher, aber wir haben zumindest die Möglichkeit, schnell reagieren zu können. Wir haben übrigens auch noch 1,6 Millionen auf der Seite, die im Budget nicht aufgeführt sind und die wir jederzeit frei machen können, wenn es sein muss.

Rat Lehnertz: Zu den 300.000 Euro für den Umbau des Gemeindesekretariats: Da soll doch ein Architektenwettbewerb stattfinden – warum also noch so viel Geld investieren?

Bürgermeister Welsch: Die Frage ist ganz berechtigt. Wir werden eine Arbeitsgruppe für dieses Projekt einsetzen. Aber bis dieses Projekt realisiert wird, wird noch Zeit vergehen. Zuerst muss man wissen, was man will, dann muss der Wettbewerb ausgeschrieben werden mit langen Fristen, denn die Architekten zeichnen das nicht von heute auf morgen. Dann braucht man Monate zur Auswertung und schließlich müssen die Genehmigungen angefragt werden. Das Projekt dauert Jahre, der Raummangel in der Gemeindeverwaltung ist aber so groß, dass wir als Schöfferrat unser Büro schon zur Verfügung gestellt haben. Wir machen jetzt kurz- und mittelfristig Verbesserungen, damit ein Bürger, der in unser Gemeindehaus kommt unter anständigen Bedingungen empfangen werden kann. Ich kenne keine Gemeinde, wo die Bürger unter so lamentablen Zuständen empfangen werden.

Rat Lehnertz: Die Halle für den technischen Dienst: wo und was soll da vergrößert werden?

Bürgermeister Welsch: Wir können da noch keine Details geben. Wir haben das Geld einmal nach einer groben Schätzung vorgesehen, weil wir uns bewusst sind, dass etwas passieren muss.

Rat Lehnertz: Es waren meinen Informationen nach 40.500 Euro für ein Projekt für den Schulhof veranschlagt worden. Jetzt ist mehr für die Anlagen rund um den Schulhof vorgesehen – was soll da passieren, soll da etwas Neues gemacht werden oder was geschieht mit dem Geld?

Bürgermeister Welsch: Das ist das Projekt „alternativer Schulhof“. Wir haben jetzt dort eine Asphaltwüste, die wir freundlicher gestalten wollen. Und wir haben ein Sicherheitsproblem, weil der Schulhof nicht umzäunt ist.

Rat Lehnertz: Was passiert mit der alten Mountainbike- und Skatopiste?

Schöffe Jean-Paul Jost: Bei der Generalversammlung des Radclubs haben wir das angesprochen und da kam auch die Idee einer Pumptrackbahn auf, was ja auch Claude schon angesprochen hat. Die bestehende Piste soll in Zusammenarbeit mit dem Radsportverein hergerichtet werden. Beim Skatepark soll das Jugendhaus uns helfen, ein Projekt auszuarbeiten.

Rat Lehnertz: Wo soll der neue Fußballplatz hinkommen, der ja ein Rasenplatz werden soll?

Bürgermeister Welsch: Das müssen wir noch sehen.

Rat Lehnertz: Wir wollten als CSV noch unsere Unterstützung zusagen für alle Maßnahmen, die das Trinkwasser anbelangen.

Bürgermeister Welsch: Danke, Jérôme. Das war Deine erste Intervention hier im Gemeinderat, wenn ich

mich richtig erinnere – Glückwunsch.

Rat Marson: Wir haben ein Organigramm mit Jobdescription und der Gemeindesekretär müsste das haben.

Alain Dohn: Das existiert, wurde aber nicht abgeschlossen.

Rat Marc Lamesch: Es ist für mich eine absolute Bedingung, dass wir, bevor wir noch Leute einstellen, ein Organigramm haben.

Rat Marson: Wir haben in der Gemeinde ein Projekt vorliegen für ein neues Gemeindehaus, das wegen der hohen Kosten von der Arbeitsgruppe auf Eis gelegt wurde. Schaut Euch das Dossier zumindest einmal an.

2.1: Die Abstimmung über den berichtigten Haushalt 2011 ergab: 10 Stimmen dafür, eine Enthaltung von Rat Lehnertz.

2.2: Die Abstimmung über den Haushalt 2012 ergab: 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen der LSAP-Fraktion, eine Enthaltung von Rat Lehnertz.

2.3 Festlegung der Laufbahnen des geschlossenen Personalkaders

Schöffe Jean-Paul Jost: Der Kader wird jedes Jahr festgelegt: Die Tabelle muss jedes Jahr mit dem Budget vorgelegt werden und legt fest, wieviele Beamte in die verschiedenen geschlossenen Grade kommen. Zur Berechnung wird ein gewisser Prozentsatz des Gesamteffektivs genommen, mit einem Minimum von 10 Leuten.

Das Dokument wird einstimmig angenommen.

Außerordentliches Subsidium für die Kantonalföderation der Feuerwehren Luxemburg-Land

Schöffe Kauffmann: Wir haben eine Anfrage vom Jugendkorps für ein Ausbildungslager hier in der Gemeinde vorliegen: vom 31. März bis zum 7. April für junge Freiwillige zwischen 8 und 16 Jahren. Das Lager findet in Neuhaeusgen statt und wir schlagen ein Subsidium von 500 Euro vor.

Rat Marson: Wird auch logistische Unterstützung geboten?

Schöffe Kauffmann: Wir stimmen hier das Subsidium, aber selbstverständlich bekommen sie jedes andere Material, das sie brauchen zur Verfügung gestellt.

Das Subsidium wird einstimmig gewährt.

Unterstützung für das „Nationale Aktionskomitee géint d’Atomkraaft“

Schöffe Jean-Paul Jost: Das Aktionskomitee möchte keinen Jahresbeitrag festlegen. Wir schlagen vor, ihnen 100 Euro zu überweisen.

Die Unterstützung wird einstimmig gewährt.

3. Integrierte und koordinierte Entwicklung

Bürgermeister Welsch: Der nächste Punkt ist ein Vertragszusatz zur Konvention von 2008, die für drei Jahre geschlossen wurde, zum „Développement intercommunal coordonné et intégratif des communes limitrophes de l'Aéroport de Luxembourg“ zwischen den Gemeinden Contern, Sandweiler, Niederanven, Luxemburg sowie dem Nachhaltigkeitsministerium. Der Zusatz führt die Konvention mit ein paar Schwerpunkten für drei Jahre weiter. Außerdem hatten wir uns 2008 alle engagiert, 400.000 Euro bis maximal 450.000 Euro aufzubringen, nun sind es 300.000 bis maximal 320.000 Euro.

Bei der Konvention, die „AirRegion“ heißt, sollen die Gemeinden in einem regionalen Ansatz die neue wirtschaftliche Aktivitätszone entwickeln, der öffentliche Transport soll gefördert werden, die Grünräume der Gemeinden sollen besser verbunden werden und erhalten bleiben und auch bei der Urbanisierung soll zusammengearbeitet werden. Auf der Internetseite kann man eine Karte einsehen, die speziell für diese Region erstellt wurde. Es funktionieren dabei ein politisches sowie ein technisches Steuerungskomitee und verschiedene Arbeitsgruppen für Mobilität, wirtschaftliche und urbane Entwicklung, Landschaft und Tourismus sowie interkommunale Zusammenarbeit. Die Verlängerung der Konvention ist vom letzten Schöffenrat unterschrieben und wir legen dieses Dokument jetzt dem Gemeinderat zur Verabschiedung vor. Die Besetzung der verschiedenen Kommissionen wird der Schöffenrat demnächst festlegen.

Rat Marson: Man wird immer gemessen an dem, was man gestern gesagt hat: Die Leute, die früher nicht in der Majorität waren, waren immer ganz kritisch dieser Konvention gegenüber. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden fand aber immer auf Augenhöhe statt und die Plattform für den Austausch fand ich immer ganz positiv. Ich bin froh, dass die Koalition jetzt weiter auf diesen Weg geht.

Bürgermeister Welsch: Ich bleibe persönlich auch kritisch in dem Sinn, dass man aufpassen muss, nicht zu viel zu theoretisieren. Ich habe auch noch nicht viele konkrete Sachen seit 2008 gesehen. Man könnte aber auch bei den Problemen, die sich in den Gemeinden stellen ein bisschen mehr aufs Gas drücken. Hier spürt der Bürger in der Gemeinde noch nicht direkt, was die investierten Gelder bringen. Wir sehen das und werden die Debatten auch versuchen in dem Sinn zu beeinflussen, dass es konkreter wird.

Der Konventionszusatz wird einstimmig angenommen.

4. Unterrichtswesen/Musikunterricht

Schöffe Kauffmann: Wir haben 185.414 Euro für die Notenlehrekurse der UGDA gestimmt, wir brauchen jetzt aber nur 179.904 Euro. Das sind 5.509 Euro weniger, weil 64 Schüler eingeschrieben waren, aber nur 61 Schüler teilgenommen haben. Viel Dank ergeht an Frau Monique Guillaume für die exzellente Arbeit, die sie zur Organisation der Musikschule leistet.

Die Anpassung der Konvention mit der UGDA wird einstimmig angenommen.

5. Infrastrukturen: Zusatzkostenvoranschlag für den Ballon über den Tennisfeldern

Bürgermeister Welsch: Wir kommen jetzt zum Ballon. Wir haben ja schon im Detail darüber geredet, Ihr habt alle Erklärungen.

Rat Marson: Die Details vom Kostenvoranschlag des technischen Dienstes haben wir eben erst erhalten. Darin war ja aber die Gasleitung zum Clubhaus vom Tennis schon enthalten.

Bürgermeister Welsch: In dem Kostenvoranschlag, den wir jetzt stimmen, sind schon Sachen enthalten, die bereits zusätzlich gemacht wurden. Wir haben viele Zusatzpunkte, die dazu kamen und den Preis in die Höhe getrieben haben.

Rat Marson: Hier steht eine Gasleitung drin für 60.000 Euro zur Hauptstraße. War das vielleicht eine Unbekannte, die vorher nicht da war? Die Gasleitung zum Tennisfeld lag ja.

Gemeindetechniker: Der Druck reichte aber nicht.

Rat Marson: Wir haben ja einen Kostenvoranschlag gestimmt. Wir wollten das Projekt ja aber sicher nicht so machen. Hier ist zum Beispiel ein Weg angelegt worden. Warum? Wir sind vorher ja auch über den Rasen gelaufen. Da sind also Änderungen gemacht worden, die nicht vorgesehen waren? Wer hat denen denn zugestimmt? Ich habe keinen Auftrag dazu erteilt.

Bürgermeister Welsch: Das ist wohlgemerkt alles gemacht worden, bevor wir als Schöffenrat angefangen haben. Es sind wohl unvorhergesehene Sachen im Laufe der Arbeiten aufgetaucht, ohne die das System nicht funktionieren könnte. Es sind jedenfalls alles Zusätze, die berechtigt waren und die wir jetzt bezahlen müssen. Wenn man einen Kostenvoranschlag macht, dann muss man auch schauen, ob alle Arbeiten enthalten sind, die anfallen und man fragt das Studienbüro, ob sie an alles gedacht haben. Der Sichtschutz zur MR muss jetzt noch gemacht werden, der ist noch nicht in den bisherigen Arbeiten enthalten.

Rat Lamesch: Wenn ich die Liste der sieben Zusatzarbeiten anschau, was ist denn davon jetzt schon gemacht worden?

Bürgermeister Welsch: Wir brauchen jedenfalls noch 100.000 Euro für die Hecke, den Sichtschutz und die Zäune.

Rat Lamesch: Also von den 180.000, die wir jetzt stimmen sind 80.000 schon fort, bevor Ihr die Baustelle übernommen habt? Das ist jetzt zum zweiten Mal, dass ich so etwas hier mitmache, die Garage hinter der Sporthalle ist auch 45% teurer geworden. Ich bin nur froh, dass der Distriktskommissar das nicht mitbekommt. Da hätte man ja fast ein schlechtes Gewissen.

Bürgermeister Welsch: Dann treffen wir jetzt die Entscheidung, denn bei einem Projekt, das schon so weit fortgeschritten ist, bleibt uns nichts anderes übrig. Ich schlage Euch vor, dass wir uns den Ballon einmal zusammen anschauen gehen.

Der Zusatzkostenvoranschlag wird einstimmig angenommen.

6. Urbanismus

6.1 Änderung des Bautenreglements im Bezug auf das Recht auf Antenne im Rahmen des europäischen Binnenmarktes

Bürgermeister Welsch: Verschiedene Bestimmungen in unserem Bautenreglement, die Parabolantennen oder andere Antennen, die man bei oder an seinem Haus anbringen kann, anbelangen, müssen infolge einer EU-Direktive, die den Bürgern verschiedene Freiheiten lassen, geändert bzw. gestrichen werden.

Schöffe Jean- Paul Jost: Die Gemeinden haben schon im Juni 1992 ein Rundschreiben bekommen, dass sie keinen Antrag für das Anbringen von Antennen ablehnen dürfen. Verschiedene Gemeinden haben sich nicht daran gehalten und wurden jetzt verklagt. Nun hat das Innenministerium die Gemeinden ersucht die diesbezüglichen Bestimmungen aus dem Bautenreglemenr zu streichen..

Die Änderung wird einstimmig angenommen.

6.2 Punktuelle provisorische Änderung des PAG in Schüttringen am Ort „An der Uecht“

Bürgermeister Welsch: Kommen wir jetzt zu einer punktuellen Änderung des PAG am Ort, der „An der Uecht“ heißt. Es geht darum Reservebauland in den Bauperimeter aufzunehmen. Es ist ein Projekt, das von Eifelhaus als Promoteur und von ARCO als Architektenbüro realisiert werden soll. Wir haben Pläne, die am 17. Juni 2011 aktualisiert wurden über 15 Einheiten: vier Doppelhäuser, drei Reihenhäuser und drei freistehende Einfamilienhäuser auf 93,18 Ar, wovon über 30% öffentliche Fläche wären. Wir sind hier in einer Zone der schwachen Wohndichte und die Grundstücke gehören der Firma Eifelhaus. Die Prozedur ist folgendermaßen: Im April 2011 ist eine vorbereitende Studie vom Büro Zilm gemacht worden, am 10.5 wurde sie an das Ministerium weiter gereicht, am 5. Juli hat die Bautenkommission keine Einsprüche erhoben, am 15. Juli hatte auch die ministerielle „Commission d’aménagement“ keine Einwände. Also liegt das Dossier seit dem Juli 2011 fertig hier.

Neben dem Dossier für die Änderung des PAG hat der frühere Schöfferrat zusätzlich am 25. Juli den Vorschlag für einen Teilbebauungsplan (PAP) im angesprochenen Ort an das Ministerium übermittelt.

Was die Änderung des PAG anbelangt, sieht das Gesetz vor, dass der Schöfferrat sechs Monate nach Erhalt des Avis der „Commission d’aménagement“ dem Gemeinderat das Projekt zur Entscheidung vorlegen muss. Er kann nicht mehr über das Projekt diskutieren, sondern es nur noch annehmen oder ablehnen und das müssen wir heute Abend tun um die Frist nicht zu verpassen.

Wir als Schöfferrat sind der Meinung, dass wir dieses Dossier so handhaben sollen, wie das von Anfang an geplant war, das heißt eine Entscheidung darüber treffen im Rahmen des neuen PAG. Wir haben uns verpflichtet, die ganze Frage der Entwicklung und der Anpassung, Erweiterung oder Nicht-Erweiterung des Perimeters im offenen Dialog mit den Bürgern auszuarbeiten. Wir haben vorhin gehört, dass beim Projekt vom Park noch so viele Plätze frei seien und es gibt noch andere Orte mit freien Plätzen. Deswegen die Frage, ob die Integration von Baulandreserven zum jetzigen Zeitpunkt opportun ist. Wir als Schöfferrat sind der Meinung, dass man das im Rahmen des PAG machen soll und nicht jetzt.

Rat Marson: Es ist richtig, dass das Projekt schon lange läuft und damals als PAP angepackt wurde, aber nie abgeschlossen wurde. 2004 wurde ja das Gesetz geändert und mit einem PAP kann man nun eine als „différé“ klassierte Zone nicht mehr ändern. Das Grundstück liegt ja seit 1978 schon im „différé“ und auch den Vorbereitungsstudien des PAG nach ist er als „grün“ klassiert und daran wird sich wohl nichts ändern – außer es wird eine politische Entscheidung getroffen. Denn es ist eigentlich die dritte Phase der Wohnsiedlungen „in der Acht“ und der darüber und der große Vorteil ist, dass wir die Fußgänger Verbindung durch die verschiedenen Wohnsiedlungen bekämen, die eigentlich verpasst wurde, gemacht zu werden. Das könnte nun nachgeholt werden – es sind also durchaus Argumente da, es zu machen. Wenn man eine kontinuierliche Baupolitik machen will, sollte man daran denken, das Projekt zu machen. Es würde sich in die Siedlungen einreihen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, für mich ist es eigentlich eine logische Geschichte.

Schöffe Jean-Paul Jost: Ich will ganz klar sagen dass wir hier darüber diskutieren Baureserveland ins Bauperimeter aufzunehmen. Wir reden nicht über die Lage oder die Qualität des Projektes - wir haben einen allgemeinen Bebauungsplan (PAG), der soweit fertig ist und der noch kurz überarbeitet werden muss bevor er zur Genehmigung eingereicht werden kann. Welche Argumente haben wir dann noch gegenüber Investoren die Projekte für Grundstücke vorlegen welche innerhalb des Bauperimeter liegen um ihnen zu sagen dass sie im Sinne der kontrollierten Entwicklung unserer Gemeinde noch Monate oder Jahre abwarten müssen?

Wir sollen das Grundstück bei der Überarbeitung des Bebauungsplanes in Betracht ziehen und wenn es die nötigen Kriterien erfüllt, es aus der Baulandreserve ins Bauperimeter übernehmen.

Rat Marson: Ich meine, der PAG liegt ja da und soll jetzt ganz überarbeitet werden. Es kommen ja auch

noch andere Kriterien, wie „Site et Monument“ dazu, also einfacher wird das Dossier sicher nicht. Und dann ist er ja auch noch nicht autorisiert, das wird also alles noch länger dauern. Hier wäre jetzt die Möglichkeit einen Punkt, der in die Bebauungsplanung passt und ja sowieso so entschieden werden wird, nicht länger hinauszuzögern.

Rat Marc Lamesch: Die Situation ist ja so, dass der PAG eigentlich schon fertig sein müsste, aber das Ministerium weiß ja nicht, was es will. De facto sind wir dabei, unseren PAG zu überarbeiten, der dann sowieso alle paar Jahre angepasst werden muss. Wenn wir jetzt Grundstücke, die momentan im „differé“ sind in den Perimeter übernehmen, hypothekieren wir schon de facto den neuen PAG und die Wohnsiedlung wird realisiert. Ich will keine Äußerung zur Qualität der Siedlung machen, darum geht es heute nicht, es geht nur darum, ob wir das Grundstück umklassieren. Zweitens: wenn morgen noch einer kommt, der dasselbe hat, haben wir kein Argument mehr. Für mich ist eine kohärente Politik etwas anderes. Wenn ich gut zugehört habe, liegt das Dossier ja schon seit langem, seit Juli 2011 fertig in der Gemeinde. Wenn die Verantwortlichen damals das Dossier für so wichtig gehalten hätten, hätten sie ja noch Zeit gehabt, es zu tun - die Wahlen waren ja erst im Oktober. Es war also offensichtlich damals schon keine absolute Priorität.

Ich teile die Meinung des Schöffensrats, auch wenn es mir aus anderen Gründen schwer fällt. Wir können alles auch noch bis 2013 heraus zögern und permanent punktuelle Änderungen machen und dann nehmen wir hinterher alle Änderungen zusammen und das ist dann unser neuer PAG. Das ist für mich nicht der Weg, den wir gehen sollen.

Rat Marson: Wir müssen nicht einer Meinung sein und das sind wir auch nicht, aber die Fristgeschichte ist ja wieder einmal an den Haaren herbeigezogen. Stellt Euch vor, wir hätten das Dossier im August her gebracht, dann wäre das Dorf ja zu klein gewesen. Wenn man die Daten anschaut: sechs Monate Zeit und der 9. Oktober liegt da aber genau in der Mitte. Das war eher ein Problem des Wahltermins, sonst wäre das Dossier gekommen. Ich stehe zu meiner Meinung, dass das Projekt für das Wachstum der Gemeinde richtig wäre.

Bürgermeister Welsch: Jeder hat jetzt seine Meinung zum Ausdruck gebracht. Wir haben hier einen Vorschlag zur punktuellen Änderung: die dafür sind sagen ja, wer nicht dafür ist, sagt nein.

Das Projekt wird mit den sieben Nein-Stimmen der DP und der Schetter Bierger gegen vier Ja-Stimmen der LSAP und der CSV verworfen.

7. Schriftliche Fragen der Gemeinderäte lagen nicht vor

8. Fragen des Publikums

Ein Bürger zeigt sich froh darüber, dass das Thema betreutes Wohnen angesprochen wurde. Er weist auf die Arbeit einer Arbeitsgruppe hin, die sich in dieses Dossier eingearbeitet hat und auch etliche Visiten von Strukturen unternommen hat. Er würde es begrüßen, wenn diese Arbeit hervorgeholt werden könnte. Über das betreute Wohnen hinaus stellten sich viele Fragen im Seniorenbereich. So sei das CIPA zu klein und sei mittlerweile auch quasi nur noch Pflegeheim, sodass es einen Mangel an Zwischenstrukturen gebe. Man sollte also die gesamte Seniorenpolitik einmal prüfen.

Rat Lamesch schlägt vor, dass der Gemeinderat sich in einer Arbeitssitzung einmal die Projekte der Arbeitsgruppe vorstellen lassen sollte.

Bürgermeister Welsch zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden.